

Ergebnisniederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales (GGSA/X-021/2019)
des Landkreises Darmstadt-Dieburg

am 21.10.2019, 15:02 Uhr bis 16:57 Uhr,
Kreistagssitzungssaal,
Kreishaus Darmstadt, Jägertorstraße 207, 64289 Darmstadt

Tagesordnung

TOP	Betreff
Öffentlicher Teil	
1.	Präsentation zur Kitabedarfsplanung
2.	Bericht des Büros für Chancengleichheit und der Frauenbeauftragten
3.	Aktuelles aus dem Fachbeirat Flucht und Integration
4.	Vorbereitung der Kreistagssitzung
4.1.	Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2020 - Stellenerweiterung bei der Jugendsozialarbeit an Schule des Landkreises Darmstadt-Dieburg - Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses Vorlage: 2412-2019/DaDi
4.2.	Satzung zur 2. Änderung der Satzung des Landkreises Darmstadt-Dieburg über die Erhebung von Gebühren für die Unterbringung von Personen nach dem Landesaufnahmegesetz (Unterbringungsgebührensatzung) Vorlage: 2633-2019/DaDi
4.3.	Jahresziele 2019 zum Masterplan "Integration in Arbeit" hier: Soziale Betreuung läuft mindestens zwei Jahre nach Anerkennung weiter Bezug: Vorlagen-Nr. 1562-2018/DaDi Vorlage: 2468-2019/DaDi
4.4.	Aktionsplan gegen Kinderarmut - Einrichtung eines Runden Tisches "Kinderarmut" Vorlage: 2639-2019/DaDi
4.5.	Erleichterungen beim Beantragen von Sozialleistungen – Antrag Die Linke Vorlage: 2678-2019/DaDi

4.6.	Auswirkungen auf die Arbeitsplätze der Region Da/Di – Antrag Die Linke Vorlage: 2679-2019/DaDi
4.7.	Resolution gegen den Abbau von ca. 2240 Arbeitsplätzen bei Continental in Babenhausen – Antrag Die Linke Vorlage: 2680-2019/DaDi
5.	Kenntnisnahmen
5.1.	Erlass des Hessischen Kultusministeriums zur Fortschreibung des Schulentwicklungsplan 2018 – 2023 des Landkreises Darmstadt-Dieburg Vorlage: 2297-2019/DaDi
5.2.	Tagessätze KJH Ernsthofen 2020 Vorlage: 2341-2019/DaDi
5.3.	Stand der Umsetzung der Jahresziele 2019 zum Masterplan "Integration in Arbeit" Vorlage: 2409-2019/DaDi
5.4.	Ressourcenverteilung Jugendsozialarbeit an Schule (Schulsozialarbeit) Vorlage: 2414-2019/DaDi
5.5.	Förderung von Beratungsstellen durch den Landkreis Darmstadt-Dieburg Vorlage: 2531-2019/DaDi
5.6.	Jahresbericht 2018 zu Arbeitsgelegenheiten Vorlage: 2585-2019/DaDi
5.7.	Standort Pflegestützpunkt Vorlage: 2606-2019/DaDi
5.8.	Modellprojekt Lokale Lern- und Bildungslandschaften in Otzberg Vorlage: 2615-2019/DaDi
5.9.	Bericht zur kommunalen Bedarfsplanung Kinderbetreuung 2019 im Landkreis Darmstadt-Dieburg Vorlage: 2601-2019/DaDi
5.10.	Zuwendung an Weiterleben e.V. psychosoziale Krebsberatung Vorlage: 2656-2019/DaDi
6.	Mitteilungen und Anfragen

Anwesende	
Fraktion der SPD	
Frau Gül Karatas	
Frau Anke Paul	
Frau Karin Spalt	
Frau Gabriele Winter	
Frau Kreistagsvorsitzende Dagmar Wucherpfennig	Vertreterin für Abg. Knoke, Joachim
Fraktion der CDU	
Herr Heiko Handschuh	Vertreter für Abg. Waldmann, Peter
Frau Marita Keil	
Herr Dr. Werner Thomas	
Frau Brigitte Zachertz	
Fraktion von Bündnis90/Die Grünen	
Herr Christian Grunwald	
Frau Susanne Hoffmann-Maier	
Fraktion der AfD	
Herr Eduard Neudert	
Fraktion der FDP	
Herr Dr. Albrecht Achilles	
Fraktion der FW-PP	
Herr Christoph Zwickler	ab TOP 1 (15:09 Uhr)
Fraktion der Fraktion 21	
Herr Uwe Bauer	Vertreter für Abg. Borschel, Otmar
Fraktion von Die Linke	
Herr Werner Bischoff	
Kreistagspräsidium	
Herr Fraktionsvorsitzender Prof. Dr. Friedrich Battenberg	bis TOP 6 (16:55 Uhr)
Herr Fraktionsvorsitzender Wilhelm Reuscher	bis TOP 4.3 (16:28 Uhr)
Frau Bärbel van Dijk	
Kreisausschuss	
Frau Kreisbeigeordnete Rosemarie Lück	
Herr Erster Kreisbeigeordneter Robert Ahrnt	
Herr Kreisbeigeordneter Dieter Emig	
Herr Kreisbeigeordneter Friedrich Herrmann	
Herr Kreisbeigeordneter Marco Hesser	bis TOP 4.4 (16:32 Uhr)
Frau Kreisbeigeordnete Doris Hofmann	
Herr Kreisbeigeordneter Thomas Lindgren	bis TOP 4.3 (16:31 Uhr)
Frau Kreisbeigeordnete Dr. Margarete Sauer	
Frau Kreisbeigeordnete Jessika Tips	
beratende Mitglieder	
Herr Robert Middel	Seniorenbeauftragter
Frau Linda Patricia Ross	Kreisausländerbeirat
Verwaltung	

Anwesende
Herr Roman Gebhardt
Frau Sabine Hahn
Frau Brigitte Hartwig
Frau Anna-Katharina Hübner
Herr Lars Jacobitz
Frau Cornelia Schuster
Herr Christian Schwab
Frau Susanne Stockhardt
Herr Sebastian Strobl
Herr Stefan Weber

Abwesende
Fraktion der SPD
Herr Bürgermeister Joachim Knoke
Fraktion der CDU
Herr Peter Waldmann
Fraktion der Fraktion 21
Herr Otmar Borschel

Vorsitzende Paul stellt fest:

1. Die Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales ist form- und fristgerecht ergangen.
2. Der Ausschuss für Gleichstellung, Generationen und Soziales ist beschlussfähig.
3. **Vorsitzende Paul** verweist auf die aktualisierte Tagesordnung. Sie schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 1 und 5.9, 4.1 und 5.4 sowie 4.3 und 5.3 gemeinsam aufzurufen und zu beraten. Sie stellt fest, dass sich von Seiten des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales hiergegen kein Widerspruch erhebt. Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht erhoben.
4. Einwände gegen die Ergebnisniederschrift der 20. Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales wurden nicht erhoben.
5. Schriftführer ist Christian Schwab.

Protokoll
des öffentlichen Teils

Beschluss zu TOP 1.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Präsentation zur Kitabedarfsplanung**

Beschluss:

Vorsitzende Paul begrüßt die Fachgebietsleiterin des Fachgebiets Jugendhilfeplanung, Heimaufsicht **Frau Hübner** und **Herrn Jacobitz**.

Frau Hübner und **Herr Jacobitz** berichten zur kommunalen Bedarfsplanung Kinderbetreuung 2019. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Kreisbeigeordnete Lück, Frau Hübner und **Herr Jacobitz** beantworten Fragen.

Beschluss zu TOP 2.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Bericht des Büros für Chancengleichheit und der Frauenbeauftragten**

Beschluss:

Frau Hartwig teilt mit, dass es seit der letzten Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales keinen aktuellen Bericht des Büros für Chancengleichheit und der Frauenbeauftragten gibt.

Beschluss zu TOP 3.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Aktuelles aus dem Fachbeirat Flucht und Integration**

Beschluss:

Kreisbeigeordnete Lück teilt mit, dass seit der letzten Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales keine Sitzung des Fachbeirats Flucht und Integration stattgefunden hat. Sie teilt weiter mit, dass die nächste Sitzung des Fachbeirates Flucht und Integration am 23. Oktober 2019 stattfindet.

Kreisbeigeordnete Lück berichtet, dass am 10. September 2019 das Forum „Flucht & Asyl“ stattgefunden hat.

Kreisbeigeordnete Lück informiert über die Novellierung des Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG). Unter anderem wurden die Regelbedarfssätze angepasst und die Wohnverpflichtung für bestimmte Zielgruppen in der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Hessens von bisher längstens sechs Monate auf nun bis zu 18 Monate verlängert.

Kreisbeigeordnete Lück teilt mit, dass zwei Mietverträge zwischen dem Landkreis Darmstadt-Dieburg und der Gemeinde Seeheim-Jugenheim bezüglich der Gemeinschaftsunterkunft Balkhäuser Tal 36 und der Gemeinde Alsbach-Hähnlein bezüglich der Gemeinschaftsunterkunft Sandwiesenstraße 31 und 31a, zum 31.12.2019 gekündigt wurden. Die Bewohner der beiden Gemeinschaftsunterkünfte werden auf andere Gemeinschaftsunterkünfte verteilt.

Beschluss zu TOP 4.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Vorbereitung der Kreistagsitzung**

Beschluss:

Beschluss zu TOP 4.1.

Vorlage-Nr.: 2412-2019/DaDi

Aktenzeichen: 424-002

Betreff: **Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2020 - Stellenerweiterung bei der Jugendsozialarbeit an Schule des Landkreises Darmstadt-Dieburg - Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses**

Beschluss: **zurückgestellt**

Abg. Grunwald (Grüne) schlägt vor, den Antrag zurückzustellen und gemeinsam mit den Haushaltsberatungen in der nächsten Sitzungsrunde erneut aufzurufen.

Vorsitzende Paul stellt zu dieser Verfahrensweise das Einvernehmen des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales fest.

Beschlussvorschlag:

Gemäß des Antrages des Jugendhilfeausschusses nach § 2 Absatz 1 Satz 4 der Satzung für das Jugendamt des Landkreises Darmstadt-Dieburg wird bei der Jugendsozialarbeit des Landkreises Darmstadt-Dieburg, vorbehaltlich der Bereitstellung der entsprechenden Haushaltsmittel, eine zusätzliche Vollzeitstelle Jugendsozialarbeit an Schule geschaffen.

Finanzielle Auswirkungen:

Vorbehaltlich der Bereitstellung der entsprechenden Haushaltsmittel.

Produkt: 1.03.09.07

Investitionsmaßnahme:

Aufwendungen	2018	2019	2020
Sachkonto: 6200000	0,00 EUR	0,00 EUR	48.200,00 EUR
Erträge	2018	2019	2020
Sachkonto:	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR

Beschluss zu TOP 4.2.

Vorlage-Nr.: 2633-2019/DaDi

Aktenzeichen: 413-014

Betreff: **Satzung zur 2. Änderung der Satzung des Landkreises Darmstadt-Dieburg über die Erhebung von Gebühren für die Unterbringung von Personen nach dem Landesaufnahmegesetz (Unterbringungsgebührensatzung)**

Beschluss: **ohne Beschlussempfehlung**

Kreisbeigeordnete Lück gibt auf Nachfrage des **Abg. Grunwald** (Grüne) zu Protokoll, dass der Beschluss des Verwaltungsgerichts Darmstadt in einem Verwaltungsstreitverfahren bezüglich Nutzungsgebühren für die Nutzung einer Gemeinschaftsunterkunft aus Datenschutzgründen nicht veröffentlicht werden kann.

Kreisbeigeordnete Lück gibt weitere Erläuterungen. Sie schlägt vor, keine Beschlussempfehlung herbeizuführen, um die Thematik zunächst in der Sitzung des Fachbeirates Flucht und Integration am 23. Oktober 2019 zu beraten. Die Ergebnisse der Beratung werden dem Haupt- und Finanzausschuss in seiner Sitzung am 28. Oktober 2019 mitgeteilt.

Vorsitzende Paul stellt zu dieser Verfahrensweise das Einvernehmen des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales fest.

Beschlussvorschlag:

Satzung zur 2. Änderung der Satzung des Landkreises Darmstadt-Dieburg über die Erhebung von Gebühren für die Unterbringung von Personen nach dem Landesaufnahmegesetz (Unterbringungsgebührensatzung)

Aufgrund der §§ 5, 16, 17, 30 Nr. 5 der Hessischen Landkreisordnung (HKO) in der Fassung vom 1. April 2005 (GVBl. I S. 183), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 20. Dezember 2015 (GVBl. S. 618), § 4 Abs. 3 des Gesetzes über die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen und anderen ausländischen Personen (LAufnG) vom 5. Juli 2007 (GVBl. I S. 399), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Dezember 2017 (GVBl. S. 470), und §§ 1, 2, 3, 4, 9 und 10 des Gesetzes über kommunale Abgaben (KAG) in der Fassung vom 24. März 2013 (GVBl. S. 134), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes zur Neuregelung der Erhebung von Straßenbeiträgen vom 28. Mai 2018 (GVBl. S. 247), hat der Kreistag des Landkreises Darmstadt-Dieburg am XX.XX.XXXX folgende Satzung zur 2. Änderung der Unterbringungsgebührensatzung beschlossen:

Artikel 1:

§ 3 Absatz 2 wird wie folgt abgeändert:

§ 3

Höhe der Unterbringungsgebühren

(2) Die Unterbringungsgebühren betragen im Satzungsgebiet pro Person im Monat bei einer Gemeinschaftsunterkunft oder bei einer anderen Unterkunft 410,- Euro.

§4 wird wie folgt neu gefasst:

§ 4**Gebührenermäßigung und –erhöhung**

(1) Die Unterbringungsgebühren ermäßigen sich monatlich auf den Betrag, um den das Einkommen und Vermögen einer Person ihren Anspruch auf laufende Leistungen nach den Vorschriften des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG), des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) oder des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII) übersteigt.

(2) Im Fall des Abs. 1 sind Einkommen und Vermögen nach § 7 AsylbLG, §§ 11 bis 12 SGB II oder §§ 82 bis 90 SGB XII zu berücksichtigen.

(3) In allen in § 4 Absatz 4 LAufnG in der jeweils aktuellen Fassung genannten Fällen erhöhen sich die Unterbringungsgebühren um hundert vom Hundert. Die Möglichkeit der Auflösung des Nutzungsverhältnisses bleibt davon unberührt.

Artikel 2:

Inkrafttreten

Die Satzung zur 2. Änderung der Unterbringungsgebührensatzung tritt zum 1. Januar 2020 in Kraft.

Finanzielle Auswirkungen:

Produkt: 1.05.03.01

Investitionsmaßnahme:

Aufwendungen	2018	2019	2020
Sachkonto:	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
Erträge	2018	2019	2020
Sachkonto: 5421000	0,00 EUR	0,00 EUR	160.000,00 EUR
Sachkonto: 5110000			*400.000,00 EUR
Sachkonto: 5110000			**300.000,00 EUR

*Gebührenerhöhung Einnahmen Kreisagentur für Beschäftigung

**Gebührenerhöhung Einnahmen Selbstzahler

Beschluss zu TOP 4.3.

Vorlage-Nr.: 2468-2019/DaDi

Aktenzeichen: 413-017

Betreff: **Jahresziele 2019 zum Masterplan "Integration in Arbeit"**
hier: Soziale Betreuung läuft mindestens zwei Jahre nach Anerkennung weiter
Bezug: Vorlagen-Nr. 1562-2018/DaDi

Beschluss: **zurückgestellt**

Abg. Winter (SPD) schlägt vor, den Antrag zurückzustellen und gemeinsam mit den Haushaltsberatungen in der nächsten Sitzungsrunde erneut aufzurufen.

Vorsitzende Paul stellt zu dieser Verfahrensweise das Einvernehmen des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales fest.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt, dass Geflüchtete mindestens zwei Jahre nach Erhalt eines gesicherten Aufenthaltsstatus durch den Sozialen Dienst des Fachbereiches „Zuwanderung und Flüchtlinge“ Beratung und Betreuung in Anspruch nehmen können.

Die erforderlichen Mittel werden im Haushaltsplan 2020 auf dem Produkt 1.05.09.08 (Sozialbetreuung Flüchtlinge) und dem Sachkonto 6200000 (Entgelt gel. Arbeitszeit) eingestellt.

Finanzielle Auswirkungen:

Produkt: 1.05.09.08

Investitionsmaßnahme:

Aufwendungen	2018	2019	2020
Sachkonto: 6200000	0,00 EUR	0,00 EUR	85.500,00 EUR
Erträge	2018	2019	2020
Sachkonto:	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR

Beschluss zu TOP 4.4.

Vorlage-Nr.: 2639-2019/DaDi

Aktenzeichen: 419-006

Betreff: **Aktionsplan gegen Kinderarmut - Einrichtung eines Runden Tisches "Kinderarmut"**

Beschluss: **ungeändert beschlossen**

Beschlussvorschlag:

Mit Beschluss des Kreistages vom 22.05.2017 (Vorlage-Nr.: 0824-2017/DaDi) wird ein Koordinierungsgremium zur Umsetzung und Weiterentwicklung der Handlungsempfehlungen des Landkreises Darmstadt-Dieburg zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung eingerichtet.

Die Geschäftsführung übernimmt das Fachgebiet Jugendhilfeplanung (534.2). Mitglieder sollen neben den Fachstellen ein Mitglied der Liga der freien Wohlfahrtspflege, eine Vertretung der Frauenkommission, eine Vertretung des Jugendhilfeausschusses und eine Vertretung aus der Kreisversammlung der Bürgermeister sein.

Die Ergebnisse werden dem Kreistag zur Beschlussfassung vorgelegt. Dem Ausschuss für Gleichstellung, Generationen und Soziales ist regelmäßig Bericht zu erstatten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
AfD	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Linke	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW-PP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
F 21	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 4.5.

Vorlage-Nr.: 2678-2019/DaDi

Aktenzeichen: 419-014

Betreff: **Erleichterungen beim Beantragen von Sozialleistungen – Antrag Die Linke**Beschluss: **abgelehnt****Kreisbeigeordnete Lück** gibt weitere Erläuterungen.**Beschlussvorschlag:**

1. Der Kreistag fordert die Verwaltung des Landkreises Darmstadt Dieburg auf, bei Neubearbeitungen von Sozialanträgen im Landkreis Darmstadt Dieburg die geltenden europäischen Datenschutzverordnung zu berücksichtigen. Daher sind ab 01.01.2020 keine Vermieterbescheinigungen von den Beantragenden von Sozialleistungen im Landkreis Darmstadt Dieburg mehr zu fordern.
2. Der Kreistag fordert die Verwaltung Da/Di auf, ca. 6 Wochen vor Ablauf eines Bewilligungszeitraumes von Sozialleistungen nach dem SGB II – dem SGB XII und Asylbewerberleistungen eine schriftliche Aufforderung an Hilfesuchende zu versenden, den Weiterbewilligungsantrag zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

**Detailergebnis,
wenn zutreffend**

	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
AfD	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Linke	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW-PP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
F 21	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 4.6.

Vorlage-Nr.: 2679-2019/DaDi

Aktenzeichen: 019-006

Betreff: **Auswirkungen auf die Arbeitsplätze der Region Da/Di – Antrag Die Linke**

Beschluss: **abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag fordert den Kreisausschuss auf, sich den an den Vorstand der Lufthansa AG zu wenden mit dem Ziel das Verkaufsverfahren bezüglich des LSG Sky Chefs zu beenden.
2. Der Kreistag fordert die Lufthansa auf, diese Arbeitsplätze unter dem Dach der Lufthansa zu belassen.
3. Der Kreistag Darmstadt Dieburg bitten den Kreisausschuss den Betriebsräten und Gewerkschafter der LSG Sky Chefs die Solidarität des Kreistages Darmstadt Dieburg zu vermitteln und um Nachfrage, welche Formen der Unterstützung der Kreistag Darmstadt Dieburg leisten soll.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
AfD	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Linke	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW-PP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
F 21	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 4.7.

Vorlage-Nr.: 2680-2019/DaDi

Aktenzeichen: 019-006

Betreff: **Resolution gegen den Abbau von ca. 2240 Arbeitsplätzen bei Continental in Babenhausen – Antrag Die Linke**Beschluss: **abgelehnt****Beschlussvorschlag:**

1. Der Kreistag Darmstadt-Dieburg solidarisiert sich mit den Beschäftigten von Continental in Babenhausen und fordert die Continental AG auf, die negativen Folgen für die Beschäftigten durch den Arbeitsplatzabbau von ca. 2240 Stellen in Babenhausen zu verhindern.
2. Der Kreistag Darmstadt-Dieburg setzt sich für eine Verkehrswende hin zu einer sozialen und ökologischen Mobilität ein. Hier fordert der Kreistag die Continental AG in Babenhausen auf, mit neuen und innovativen Produkten für die Mobilitätsindustrie die Arbeitsplätze in Babenhausen durch eine nötige Qualifizierung der Beschäftigten zu erhalten.
3. Der Kreistag Darmstadt-Dieburg erkennt die immense Bedeutung des Continental-Standortes in Babenhausen für die Region durch die große Einbettung des Standortes in den regionalen Wirtschaftskreislauf. Der Kreistag-Darmstadt-Dieburg beginnt daher mit der Entwicklung von Strukturmaßnahmen, mit denen die drastische Verkleinerung der Continental AG in Babenhausen mittelfristig kompensiert werden kann.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
AfD	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Linke	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW-PP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
F 21	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 5.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Kenntnisnahmen**

Beschluss:

Beschluss zu TOP 5.1.

Vorlage-Nr.: 2297-2019/DaDi

Aktenzeichen: 211-002

Betreff: **Erlass des Hessischen Kultusministeriums zur Fortschreibung des Schulentwicklungsplan 2018 – 2023 des Landkreises Darmstadt-Dieburg**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Erster Kreisbeigeordneter Fleischmann teilt mit, dass die Fortschreibung des Schulentwicklungsplans 2018-2023 für den Landkreis Darmstadt-Dieburg per Erlass vom Hessischen Kultusministerium vom 16.08.2019 mit Auflagen genehmigt wurde.

Die am 18.06.2018 vom Kreistag beschlossene Fortschreibung des Schulentwicklungsplans 2018 – 2023 für den Landkreis Darmstadt-Dieburg „Die Schule als Lebensraum“ wurde vom Bildungsbüro mit Schreiben vom 25.07.2018 dem Hessischen Kultusministerium zur Prüfung vorlegt. Mit dem Erlass vom 16.08.2019 stimmt das Hessische Kultusministerium gemäß § 145 Abs. 6 HSchG den vom Schulträger vorgeschlagenen schulorganisatorischen Änderungen mit Auflagen zu. Die in den Auflagen benannten erforderlichen Beschlussvorlagen werden durch die Verwaltung vorbereitet und dem Kreistag zeitnah vorgelegt.

Beschluss zu TOP 5.2.

Vorlage-Nr.: 2341-2019/DaDi

Aktenzeichen: 423-001

Betreff: **Tagessätze KJH Ernsthofen 2020**Beschluss: **Kenntnis genommen****Beschluss:**

Die Preise für die Belegung des Kreisjugendheimes Ernsthofen werden ab dem 01.01.2020 wie folgt festgelegt:

1. Gruppen aus dem Landkreis Darmstadt-Dieburg:

	Weniger als 3 ÜN	Ab 3 ÜN
Übernachtung	11,40 €	10,00 €
Tagessatz	26,40 €	23,40 €

2. Gruppen außerhalb des Landkreises Darmstadt-Dieburg:

	Weniger als 3 ÜN	Ab 3 ÜN
Übernachtung	11,80 €	11,20 €
Tagessatz	32,50 €	29,50 €

3. Erwachsene (außer Multiplikatoren bzw. Multiplikatorinnen der Jugendarbeit):

	Weniger als 3 ÜN	Ab 3 ÜN
Übernachtung	12,50 €	11,80 €
Tagessatz	35,60 €	32,50 €

Finanzielle Auswirkungen:

Produkt: 1.06.05.03.

Investitionsmaßnahme:

Aufwendungen	2019	2020	2021
Sachkonto:	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
Erträge	2019	2020	2021
Sachkonto: 5003000 + 5090000	431.000,00 EUR	438.000,00 EUR	445.000,00 EUR

Beschluss zu TOP 5.3.

Vorlage-Nr.: 2409-2019/DaDi

Aktenzeichen: 413-017

Betreff: **Stand der Umsetzung der Jahresziele 2019 zum Masterplan "Integration in Arbeit"**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Kreisbeigeordnete Lück gibt auf Nachfrage des **Abg. Grunwald** (Grüne) zu Protokoll, dass die auf Seite 2 der Anlage „Masterplan Integration in Arbeit“ erwähnte Anlage im Gremien-Infoportal hochgeladen wurde und mit dem nächsten Papierversand mitgeschickt wird.

Die Kreisbeigeordnete Lück informiert den Kreistag über den Sachstand zur Umsetzung des Masterplans „Integration in Arbeit“.

Am 03.09.2018 hat der Kreistag Leit- und Jahresziele 2019 zur Umsetzung des Masterplans „Integration in Arbeit“ im Rahmen des Projektes „Angewandte in Deutschland“ beschlossen (Vorlage 1562-2018/DaDi).

Zur Umsetzung der Jahresziele 2019 wurden auch Maßnahmen beschlossen. In der beigefügten Anlage kann der Stand der Umsetzung der Maßnahmen zu den einzelnen Jahreszielen ersehen werden.

Die geplanten Maßnahmen im Bereich Sprachförderung, Wohnen, Betreuung und Förderung von Frauen wurden umgesetzt. Hauptkenntnis der durchgeführten Bestandsanalysen ist die große Bedeutung der Beratung für Geflüchtete und die Herausforderung, dass Haupt- und Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit, die bestehenden Angebote bzw. die Beratungsstellen kennen und Geflüchtete an diese verweisen.

Im Rahmen der Maßnahmen wurden Handlungsempfehlungen formuliert, die die Bedeutung von Beratung und Vernetzung unterstreichen.

Eine Veranstaltung zum Thema Wohnen wird am 11.09.2019 stattfinden.

Die Betreuung von Geflüchteten mit einem gesicherten Aufenthaltstitel noch zwei Jahre nach Anerkennung wird in einer gesonderten Vorlage in die Gremien eingebracht.

Beschluss zu TOP 5.4.

Vorlage-Nr.: 2414-2019/DaDi

Aktenzeichen: 424-002

Betreff: **Ressourcenverteilung Jugendsozialarbeit an Schule (Schulsozialarbeit)**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Beschluss:

Das Konzept der „Schulsozialarbeit im Landkreis Darmstadt-Dieburg“ (Vorlagen Nr. 2368-2008/DaDi und 2591-2014/DaDi) wird wie folgt verändert:

1. Die Anlage 2 „Neuaufteilung der personellen Ressourcen der Jugendsozialarbeit an SEK I Schulen im Landkreis Darmstadt-Dieburg“ des Konzeptes wird ersetzt durch die neue Anlage dieses Beschlusses.
2. In Ziffer 4 „Organisationsform“ des Konzeptes entfallen folgende Sätze:
 - Integrierte Angebote:
„... Von der für diesen Aufgabenbereich vorhandenen Personalressource (derzeit 8,0 VZÄ) werden hierfür 5,0 VZÄ eingesetzt.“
 - Externe Angebote:
„... Von der vorhandenen Personalressource werden hierfür 3,0 VZÄ eingesetzt.“
 - „Es erfolgt eine Zuordnung von jeweils 0,5 VZÄ an 10, in einem Anhang an diese Konzeption genannte Schulen.“
 - „Insbesondere für die weiteren 7 Schulen werden zeitlich begrenzte Angebote als externer Kooperationspartner vorgehalten.“

Beschluss zu TOP 5.5.

Vorlage-Nr.: 2531-2019/DaDi

Aktenzeichen: 416-010

Betreff: **Förderung von Beratungsstellen durch den Landkreis Darmstadt-Dieburg**Beschluss: **Kenntnis genommen**

Frau Kreisbeigeordnete Lück gibt eine Übersicht der Förderung von Beratungsstellen durch den Landkreis Darmstadt-Dieburg zur Kenntnis.

Gemäß § 3 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII) in Verbindung mit § 97 Abs. 2 SGB XII obliegt dem Landkreis als örtlichem Träger der Sozialhilfe die Zuständigkeit für die Gewährung von Leistungen der Sozialhilfe. Nach § 5 SGB XII sollen die Träger der Sozialhilfe bei der Durchführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch mit den Kirchen und Religionsgesellschaften des öffentlichen Rechts sowie den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege zusammenarbeiten. Die Zusammenarbeit soll darauf gerichtet sein, dass sich Sozialhilfe und die Tätigkeit der freien Wohlfahrtspflege zum Wohle der Hilfesuchenden wirksam ergänzen. Die Träger der Sozialhilfe sollen die Verbände der freien Wohlfahrtspflege in ihrer Tätigkeit auf dem Gebiet der Sozialhilfe angemessen unterstützen.

Insbesondere sollen Vorhaben gefördert werden, an deren Durchführung der Landkreis ein erhebliches Interesse hat und die ohne Zuwendung nicht oder nicht in dem notwendigen Umfang realisiert werden können.

Zweck der Förderung des Landkreises ist es, das soziale und kulturelle Wohl der Einwohner des Landkreises durch notwendige Angebote, Einrichtungen und Dienste, die durch Stellen außerhalb der Verwaltung des Landkreises erbracht bzw. geleistet werden, angemessen zu unterstützen.

Der Fachbereich Soziales, Pflege und Senioren stellt den nachfolgend aufgeführten Vereinen daher gemäß Kreisausschussbeschlüssen aus Vorjahren für das Jahr 2019 die folgenden Zuschüsse zur Verfügung:

Förderung Beratungsstellen der freien Wohlfahrtsträger:

Aidshilfe Darmstadt e.V.	24.030,00 €
Verein für Ehe- und Familienberatung Darmstadt	9.663,00 €
Verein für Ehe- und Familienberatung (über Caritasverband Darmstadt e.V.)	19.429,00 €
Horizont e.V. Dieburg Sozialpädagogischer Verein	7.286,00 €
Fachambulanz für Suchtkranke und deren Angehörige des Caritasverbandes	7.125,00 €
Sozialkritischer Arbeitskreis Darmstadt e.V.	6.885,00 €
Interessenkreis behinderter Menschen Darmstadt-Dieburg e.V.	950,00 €

Förderung von Demenzarbeit:

Demenzservicezentrum	20.000,00 €
DemenzForum Darmstadt e.V.	10.000,00 €

Förderung von Hospizvereinen:

Ökum. Hospizverein Vorderer ODW e.V.	5.000,00 €
Hospizverein Pfungstadt e.V.	2.115,00 €
Ev. Hospiz- u. Palliativ-Verein Darmstadt e.V.	2.003,00 €
Malteser Hilfsdienst Amb. Hospiz- u. Palliativberatungsdienst	2.003,00 €
Malteser Hilfsdienst Kinderhospiz- u. Familienbegleitdienst	1.000,00 €

Die Mittel stehen im Haushaltsplan des Jahres 2019 auf dem Produkt 1.05.06.01 (Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege) und dem Sachkonto 7128000 (Zuschüsse für lfd. Zwecke an übrige Bereiche) haushaltsrechtlich zur Verfügung.

Beschluss zu TOP 5.6.

Vorlage-Nr.: 2585-2019/DaDi

Aktenzeichen: 411-001

Betreff: **Jahresbericht 2018 zu Arbeitsgelegenheiten**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Frau Kreisbeigeordnete Lück gibt den Jahresbericht 2018 zu Arbeitsgelegenheiten nach § 16d Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) zur Kenntnis.

Beschluss zu TOP 5.7.

Vorlage-Nr.: 2606-2019/DaDi
 Aktenzeichen: 416-003
 Betreff: **Standort Pflegestützpunkt**
 Beschluss: **Kenntnis genommen**

Kreisbeigeordnete Lück informiert, dass mit dem Ziel der wohnortnahen Versorgung für den Westkreis ein weiterer Pflegestützpunkt in Pfungstadt im Gebäude der dortigen Erziehungsberatungsstelle des Landkreises Darmstadt-Dieburg in der Mühlstr. 14 zum nächstmöglichen Termin eingerichtet wird.

Nach Erhalt der Bestimmung des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration vom 21.08.2018 wonach im Landkreis Darmstadt-Dieburg ein weiterer Pflegestützpunkt im Westteil eingerichtet werden soll, haben die Bürgermeister aus Griesheim, Pfungstadt, Seeheim-Jugenheim und Weiterstadt der Kreisverwaltung ihr Interesse nach Ansiedelung des Pflegestützpunktes schriftlich mitgeteilt.

Bei der Auswahl eines geeigneten Standortes mussten die Kriterien, die von den Trägern der Pflegestützpunkte in Hessen – Pflege- und Krankenkassen, kreisfreie Städte und Landkreise – gemeinsam festgelegt wurden, eingehalten werden. Die Entscheidung über die Auswahl des Standortes musste infolgedessen von der Kreisverwaltung in enger Abstimmung mit den Pflege- und Krankenkassen getroffen werden.

Seit Jahresende 2018 wurden daraufhin mehrere in Frage kommende Räumlichkeiten, zunächst in Griesheim und Weiterstadt, besichtigt und unter anderem auch von der Fachstelle Gebäudemanagement des Landkreises auf ihre Eignung zur Einrichtung des Beratungsangebotes Pflegestützpunkt hin geprüft. Alle Räumlichkeiten wurden von privaten Vermietern angeboten mit dementsprechend marktüblichen Mietzinsen.

Leider mussten die Angebote in Griesheim und Weiterstadt in Abstimmung mit den Pflege- und Krankenkassen aufgrund zum Teil hoher notwendiger Umbaukosten etwa für die Zugänglichkeit der sanitären Anlagen, benötigte Elektroinstallationen oder fehlende zentrale Lage des Gebäudekomplexes u.a.m. abgesagt werden.

Erfolgreich war demgegenüber eine Besichtigung der Räume der Erziehungsberatungsstelle in Pfungstadt. Dort stehen geeignete Büroräume zur Verfügung, die von der Erziehungsberatung nur punktuell genutzt werden. Die Vertreter der Pflege- und Krankenkassen stimmten nach einer gemeinsamen Besichtigung am 20.08.2019 diesem Vorschlag der Kreisverwaltung ausdrücklich zu.

Die zugrundeliegenden Kriterien zur Auswahl des Standortes für den Pflegestützpunkt wie bspw. gute Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln, barrierefreier Zugang, Behindertentoilette etc. sind alle erfüllt. Die Miete ist aller Voraussicht nach deutlich niedriger als für die Räumlichkeiten in Griesheim und Weiterstadt, zudem entfallen aufwendige Umbaukosten und Renovierungen.

Durch die gemeinsame Nutzung des Gebäudes von Erziehungsberatungsstelle und Pflegestützpunkt können darüber hinaus gemeinsame Schnittstellen in der Beratungs- und Öffentlichkeitsarbeit besser genutzt werden, auch gibt es durchaus relevante Schnittmengen in Bezug auf die Adressaten (Synergieeffekte).

Die durch die Einrichtung des Pflegestützpunktes im Westkreis entstehenden Kosten für den Landkreis Darmstadt-Dieburg können erst nach der gemeinsam mit den Pflege- und Krankenkassen erfolgten Erarbeitung bzw. Neufassung des Konzeptes und des Pflegestützpunktvertrages genauer bestimmt werden.

Beschluss zu TOP 5.8.

Vorlage-Nr.: 2615-2019/DaDi

Aktenzeichen: 421-012

Betreff: **Modellprojekt Lokale Lern- und Bildungslandschaften in Otzberg**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Kreisbeigeordnete Rosemarie Lück informiert über den Beschluss der Steuerungsgruppe „lokale Lern- und Bildungslandschaften“ vom 24. Mai 2019 bezüglich der Umsetzung eines Modellprojektes in Otzberg.

Beauftragt durch den Kreistag besteht seit 2012 die Steuerungsgruppe „Lokale Lern- und Bildungslandschaften“ mit dem Auftrag ein abgestimmtes System von Bildung, Betreuung, Erziehung und Beratung in der Region als „Bildungslandschaft“ zu etablieren.

Im Rahmen der Sitzung des Lokalen Bildungsbeirates am 24.5.2019 verständigten sich die Teilnehmenden darauf, eine Kommune auszuwählen, in der eine praktische Umsetzung einer Lokalen Lern- und Bildungslandschaft erfolgen kann.

Der Lokale Bildungsbeirat des Landkreises Darmstadt-Dieburg (LOK DaDi) hat die Kommune Otzberg als Modellkommune ausgewählt und bietet der Kommune Unterstützung für eine praktische Umsetzung einer Lokalen Lern- und Bildungslandschaft an.

Für die Prozessbegleitung stehen 10.000 Euro zur Verfügung.

Ziel ist der Aufbau eines lokalen Bildungsnetzwerkes und die Vernetzung und das Zusammenwirken aller beteiligten Bildungsakteure und Institutionen vor Ort zur Verbesserung der institutionellen (Bildungs-übergänge).

Durch ein abgestimmtes System von Bildungsangeboten in der Region soll die Chancengleichheit und Teilhabemöglichkeit aller Kinder und Jugendlichen gefördert werden.

Durch passgenaue und aufeinander abgestimmte Hilfen für Kinder, Jugendliche und Familien soll ein gutes, sicheres und gesundes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen im Landkreis ermöglicht werden.

Dabei hat sich das Gremium des LOK DaDi auf Kinder- und Jugendliche im Alter von 0-10 Jahren verständigt.

Der Kommune ist hierbei eine eigene spezifische Ausgestaltung und Umsetzung in Bezug auf die kommunalen Bedarfe möglich.

Für die Auswahl einer Modellkommune wurden folgende Kriterien herangezogen:

- bereits vorhandene Bildungsnetzwerke vor Ort
- Schul- oder Jugendhilfebündnisse vor Ort mit Bereitschaft zur Kooperation mit der Kommune
- Grundschule (im Pakt für den Nachmittag)
- Kommunale Kita(s)
- Kommunale Personalressource zur Unterstützung des Prozesses vor Ort

- Familienzentrum gefördert durch den Landkreis

Gemäß der genannten Kriterien sprach sich die Steuerungsgruppe des LOK DaDi einstimmig dafür aus, an erster Stelle die Kommune Otzberg anzusprechen. Sie begründete dies folgendermaßen:

- Es gibt in der Kommune bereits eine neu geschaffene 0,5 Stelle Koordination für die Schnittstelle Kita-Kommune.
- Es gibt 2 kommunale Kitas, wovon eine bereits ein Familienzentrum ist.
- Institutionenübergreifende Netzwerkstrukturen sind bereits angebahnt.
- Die Otzbergschule hat sowohl eine Grund- als auch eine Mittelstufe.
- Der Grundschulzweig ist seit dem Schuljahr 2017/2018 im PfdN.
- Das Modellprojekt trägt zur weiteren Stärkung des (Schul-) Standortes bei.
- Der ländliche Raum wird gestärkt.
- Die Größe der Kommune ermöglicht überschaubare Prozesse.

Beschluss zu TOP 5.9.

Vorlage-Nr.: 2601-2019/DaDi

Aktenzeichen: 421-008

Betreff: **Bericht zur kommunalen Bedarfsplanung Kinderbetreuung 2019 im Landkreis Darmstadt-Dieburg**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Frau Kreisbeigeordnete Lück legt den „Bericht zur kommunalen Bedarfsplanung Kinderbetreuung 2019 im Landkreis Darmstadt-Dieburg“ zur Kenntnisnahme vor.

Der „Bericht zur kommunalen Bedarfsplanung Kinderbetreuung 2019“ wird jährlich durch die Jugendhilfeplanung vorgelegt. Die aktuelle Version bezieht sich auf den Stichtag 01. März 2019. Der Bericht enthält die Zusammenstellungen der Rückmeldungen aus den Kommunen für das Kindergartenjahr 2018/19. Zudem wurde eine Prognose für das Kindergartenjahr 2019/20 gegeben. Diese Prognose basiert auf den voraussichtlich zu versorgenden Kindern anhand der aktuellen Geburtenzahlenentwicklungen aus den einzelnen Kommunen. Sofern aus den Städten und Gemeinden Rückmeldungen zu Änderungen der Platzzahlen gegeben wurden, sind diese für die Prognose berücksichtigt worden.

Der Landkreis befindet sich bzgl. der Abstimmungen mit den Kommunen im Gespräch.

Beschluss zu TOP 5.10.

Vorlage-Nr.: 2656-2019/DaDi

Aktenzeichen: 440-008

Betreff: **Zuwendung an Weiterleben e.V. psychosoziale Krebsberatung**Beschluss: **Kenntnis genommen****Beschluss:**

Weiterleben e.V., Verein für psychosoziale Krebsberatung, erhält im Haushaltsjahr 2020 einen einmaligen Zuschuss zu den Betriebskosten in Höhe von 25.000,--€.

Die erforderlichen Mittel stehen im Haushaltsplan des Jahres 2020 auf dem Produkt 1.05.09.07 (Förderung der Chancengleichheit) und dem Sachkonto 7128000 (Zuschüsse für lfd.

Zwecke) vorbehaltlich der Beschlussfassung durch den Kreistag haushaltsrechtlich zur Verfügung.

Finanzielle Auswirkungen:

Produkt: 1.05.09.07.00 Förderung der Chancengleichheit
Investitionsmaßnahme:

Aufwendungen	2018	2019	2020
Sachkonto:	0,00 EUR	0,00 EUR	25.000,00 EUR
Erträge	2018	2019	2020
Sachkonto:	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR

Beschluss zu TOP 6.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Mitteilungen und Anfragen**

Beschluss:

Kreisbeigeordnete Lück teilt mit, dass ein Gesprächstermin mit dem hessischen Kultusminister bezüglich der Erörterung eines zu prüfenden Pilotprojektes „Jugendsozialarbeit an Schulen unter gemeinsamer Trägerschaft“ für Dezember 2019 angesetzt ist.

Kreisbeigeordnete Lück informiert, dass am 26. November 2019 um 17:30 Uhr die Ergebnispräsentation des Beteiligungsverfahrens zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Landkreis Darmstadt-Dieburg im Kreistagssitzungssaal des Kreishauses Darmstadt stattfindet.

Kreisbeigeordnete Lück informiert weiter, dass am 5. Dezember 2019 das Fachforum „Übergang Schule-Beruf“ im Kreistagssitzungssaal des Kreishauses Darmstadt stattfindet.

Vorsitzende Paul schließt die Sitzung um 16:57 Uhr.

Ende der Niederschrift

Darmstadt, den 25. Oktober 2019

Für die Ausfertigung

gez. Anke Paul
Anke Paul
Vorsitzende

gez. Christian Schwab
Christian Schwab
Schriftführer